

Leserbrief zum GPK-Bericht

In Moskau oder in Bananenrepubliken könnte man solches Vorgehen erwarten

Ich habe oft geschrieben, dass mit geltendem Recht diese Reorganisation betreffend Waffen/Uniform, nebst anderen Aspekten, nicht möglich ist. Im gültigen Zollgesetz steht ganz klar, wie der Zoll zu organisieren ist. Die voreilige Umstrukturierung war schlicht unnötig und ohne rechtliche Grundlage; Notrecht kann man dafür auch nicht anwenden.

Weshalb juristisch ausgebildete Personen nicht verstehen wollen, was maximal möglich ist in einer Demokratie, ist mir schleierhaft.

Mit der alten, fundierten Ausbildung eines (damals noch) Zollbeamten war es ersichtlich, dass solche Schritte zu weit gehen und nicht dem politischen Willen entsprechen – eine beispiellose Zwängerei von wenigen Personen, die willkürlich handeln, um ihr eigenes Ziel zu erreichen.

In Moskau oder in Bananenrepubliken könnte man solches Vorgehen erwarten, der Schweiz ist es allerdings nicht würdig. Ein etablierter Rechtsstaat sollte eigentlich wissen, dass nur gültige Gesetze anwendbar sind.

Ich erwarte vom Bundesrat deutliche Worte und entsprechende Massnahmen zum GPK-Bericht, denn das Vertrauen in die demokratischen Institutionen unseres Landes darf nicht von ein paar wenigen Personen derart untergraben werden.

Reto Schenker, Geschäftsinhaber Spediware Schenker, ehemaliger Dienstchef Zoll